

GESELLSCHAFT

SOLIDARISIERUNG

Mit Lustgewinn

Unter einem roten Mao-Poster lehnte Niedersachsens Justizminister Gustav Bosselmann (CDU) an der Theke des hannoverschen „Club Voltaire“, ließ sich ein Glas „Gilde“-Bier einschenken und sagte dann, er sei gekommen, weil er wisse, daß hier „ein gutes Publikum“ weile.

Das Publikum im verräucherten Clubraum stellten etwa 150 Antiautoritäre. Sie hatten jenen Elf-Tage-Feldzug gegen die hohen Straßenbahntarife ausgerufen, vor dem die Stadt, die Polizei und die hannoverschen Verkehrsbetriebe schließlich kapitulierten.

Zweieinhalb Stunden lang diskutierte Christdemokrat Bosselmann, 54, mit jenen Linken, die der Christdemokrat Heinz Müller, 49, im niedersächsischen Landtag gerade als „gelernte Revoluzzer“ eingestuft hatte, deren Ziel es sei, „Unsauberkeit, Unmoral und Unordnung in dieses Land hineinzutragen“.

Bosselmann dagegen („Es war eine erstaunlich sachliche Diskussion, und ich würde gern einmal wiederkommen“) fand im Club Voltaire zu einem anderen Urteil und erklärte sich mit der These einverstanden, Politiker und Behörden müßten sich um „ein neues Demokratieverständnis“ bemühen.

Verständnis des einen Christdemokraten und Unvermögen eines anderen, das Geschehen zu begreifen, illustrieren die Ratlosigkeit, die der Verbrüderungsakt zwischen Bürgern und Bürgerschrecks allenthalben hinterlassen hat.

Und wie Gustav Bosselmann in der Union, kollidierte Soziologie-Professor Peter von Oertzen mit seinen Sozialdemokraten, als er vor dem niedersächsischen Landtag Positives an der „politischen Bewegung“ entdeckte, die eine Woche lang den bislang unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Opas und Apos aufhob.

Freilich: Bei den Empfindungen, die der erfolgreiche Boykott bei der Obrigkeit erweckt hat, dominiert Wochen nach jener schier unerklärlichen Solidarisierung die Angst, der Fall könne zum Modell werden.

In Bonn hielt CDU-Generalsekretär Bruno Heck die hannoversche Volksherrschaft für ein Beispiel, wie leicht „die Autorität der Demokratie an immer neuen Stellen zu zerstören und zu ... überspielen“ sei.

Und die „Frankfurter Allgemeine“ sorgte sich: „Was heute mit den Straßenbahntarifen geschieht, könnte morgen den Mieten, den Rundfunkgebühren, den Tarifen von Bahn und Post, den Preisen für Bier, Fleisch, Strom, Wasser, Benzin, Milch und Obst widerfahren.“ Daher: „Ein Präzedenzfall ist geschaffen worden, der jenen revolutionären Kräften beträchtlichen Auftrieb geben wird.“



Roter-Punkt-Forscher Vester
„Elemente einer Kulturrevolution“

Ob die Volksfrontbewegung wirklich ein Musterfall war und wie sie zustande gekommen ist, erforschte nun eine Arbeitsgruppe von Soziologen der Technischen Universität und der Medizinischen Hochschule Hannover.

Vorab kamen die Wissenschaftler zu dem Schluß, daß der Tarifstreit von der Außerparlamentarischen Opposition weder „besonders organisiert“ noch „bewußt geplant“ gewesen ist. Dr. Michael Vester, 29, Assistent am TU-Seminar für Wissenschaft von der Politik: „Die Vorbereitungen der Apo beschränkten sich auf reine Meinungsbildung. Was dann geschah, hat sich ihr mehr oder minder aufgezwungen.“

Es hatte ganz beiläufig begonnen: In dem nicht mehr als 25 Mitglieder zählenden „Marxismus-Arbeitskreis“ des hannoverschen SDS war das Thema erst am 1. Juni — dem Tag der Tarifierhöhung — auf die Tagesordnung gesetzt worden, nachdem die Stadtverwaltung eines ihrer Freizeithome



Roter-Punkt-Aktion in Hannover
„Momente einer Volksgemeinschaft“

für eine öffentliche Diskussion nicht hergeben wollte.

Die Genossen beschäftigten sich mit der Vorbereitung von Protestversammlungen, beratschlagten, was zu tun wäre, „wenn wir von der Polizei zerschlagen werden“, und beschloßen, dann eben die Straßenbahn umsonst zu benutzen: „Schwarzfahren statt gehen kommt billig zu stehen.“

Dieser Plan erwies sich schon am zweiten Protesttag als nebensächlich. Denn als die Polizei mit Knüppel und Tränengas anrückte, um 500 Demonstrierer von den Straßenbahngleisen am Steintor zu verjagen, wurde der Apo unversehens klar, „daß wir mehr werden würden“ (Hannovers SDS-Chef Alfred Krovoza, 29).

Und so rekonstruierten es auch die TU-Soziologen: „Der Polizei gelang es nicht, die Passanten auf ihre Seite zu bringen.“ Schlimmer: Als die Polizisten die Zuschauer aufforderten, nach Hause zu gehen und damit zu zeigen, daß sie mit der Demonstration nichts zu schaffen haben wollten, reagierten die Bürger antiautoritär: Sie johlten.

Die „Stellvertretungsthese“ linker Soziologen erwies sich als zutreffend: Arbeiter wie Hausfrauen, Rentner und Jugendliche erkannten ohne langes Nachdenken, daß für ihre Interessen demonstriert wurde. Und der Versuch der Staatsgewalt, „ein soziales Problem militärisch zu lösen“, so die Arbeitsgruppe, ließ „eine antiobrigkeitliche Stimmung“ aufkommen, die von Tag zu Tag populärer wurde.

SDS-Krovoza: „Dieses Maß der Solidarisierung hatten wir nicht eingeschätzt. Wir waren zwar agitatorisch die Spitze dieser Bewegung, aber organisiert hatten wir gar nichts. Es gab nicht einmal ein Komitee.“ Soziologe Vester dazu: „Der SDS war wortführend, er war der Formulierer, aber er dominierte nicht.“

Niemand hatte etwa geplant, durch die Stadt zu ziehen, die blockierten Straßenbahnen abzukupplern und mit Spezialgerät die Luft aus den Busreifen zu lassen. Vester: „Ganz sicher waren das kleine Gruppen von Facharbeitern, die sich aus freien Stücken zusammengetan hatten. Studenten waren es bestimmt nicht, die wissen nicht einmal, wie man im Audimax das Licht anknipst.“

Das Erfolgserlebnis der demonstrierenden Menge war komplett, als die Polizei sich zurückzog, die Straßenbahnen in den Depots blieben, die Stadtverwaltung schließlich selber 50 000 „Rote Punkte“ drucken ließ.

Die Rote-Punkte-Aktion wurde, so die Soziologengruppe, „Gemeineigentum“ in Hannover. Es entstanden „neue Organisationsformen, neue kulturelle Muster, eine fröhliche Toleranz, die sich auf die ganze Stadt übertrug“. Der SDS konstatierte ein „Musterbeispiel für die Fähigkeit der Massen, sich selbst zu organisieren“.

Nichts galt mehr: Ohne Polizeiaufsicht fuhren die Hannoveraner auf ihren Straßen mit 90, wo es möglich, und mit 30, wenn es nötig war. Wie selbstverständlich überfuhren sie Leitlinien,

OSTHANDEL

RUSSEN-ERDGAS

Schmal und hoch

Für die Bolschewisten“, so warnte einst Bayerns CSU-Wirtschaftsminister Dr. Otto Schedl, 56, „ist die Wirtschaft ein Mittel zur Verwirklichung einer alten Missionsvorstellung: Das Licht kommt aus dem Osten.“

Doch der ungestillte Drang des weiß-blauen Ministers, durch billige Energie Bayerns Industrialisierung voranzutreiben, überwog jetzt die Sorge vor den östlichen Sendboten: Schedl verhandelt mit den Sowjets über umfangreiche Erdgaslieferungen.

Zweimal flog der schnaubbärtige Oberpfälzer in den vergangenen Wochen nach Wien und setzte sich im Haus der sowjetischen Handelsmission mit roten Fachleuten an einen Tisch,



Bayrischer Minister Schedl (r.) *
Energie durch Taktik

den stellvertretenden Ministern für Außenhandel, Nikolai Ossipow, und für Gas-Wirtschaft, Alexej Sorokin.

Hinter verschlossenen Türen feilschte Schedl mit den beiden Russen um Bruchteile von Pfennigen. Sechs Zehntel Pfennig für 1000 sogenannte Wärmeeinheiten frei bayrischer Grenze hatte sich der weiß-blaue Minister als oberstes Limit gesetzt. Denn für nur einen Hundertstel Pfennig mehr — freilich zuzüglich Transportkosten — könnte der Bayer auch von den bislang auf dem deutschen Erdgas-Markt dominierenden Niederländern die Energie beziehen.

Um seinen Verhandlungspartnern das Geschäft schmackhaft zu machen, ließ Schedl durchblicken, Bayern werde sich in wenigen Jahren zum Großabnehmer für Erdgas entwickeln. Bereits 1975 würden rund drei Milliarden Kubikmeter Gas gebraucht. Überdies, so lockte er die Sowjets, könnten sie durch eine über Bayern führende

* Mit Shell-Direktor Karl G. Lauer in Ingolstadt.

Rohrleitung Anschluß an den west-europäischen Markt gewinnen.

Was Schedl den Sowjets nicht sagte: Er spekuliert darauf, mit einem günstigen Russen-Kontrakt in der Tasche den Niederländern gleichfalls billigeres Erdgas abzuluchsen.

Derartige Feinheiten sind dem Energie-Strategen Schedl seit langem geläufig. Seit er 1957 vom Landrat und Landtagsabgeordneten der CSU zum Minister avancierte, hat er es stets verstanden, mit bayrischer Schlitzohrigkeit seine Ziele zu erreichen.

So gründete er zwei Jahre nach seinem Amtsantritt den eingetragenen Verein „Transalpin“ zum Studium der Probleme alpenüberquerender Rohrleitungen. Bei geselligen Zusammenkünften spielte er dann die leitenden Herren der Mineralöl-Industrie gegeneinander aus.

Noch heute freut sich der „lustiglistige Wirtschaftsplaner“ („Die Zeit“), daß ihn der Verein lediglich 98 Mark amtliche Gebühren kostete, aber überraschende Erfolge brachte: Bei Ingolstadt und Burghausen bauten die konkurrierenden Ölfirmen insgesamt sechs Raffinerie-Anlagen.

Das Rohöl ließ Schedl vor allem über zwei Pipelines von Genua und Triest über die Alpen pumpen, unberührt vom Wehgeschrei der Ruhrkohlenbosse, deren Steinkohlenlieferungen rapide zurückgingen. In der Ölschwemme sah er die einzige Möglichkeit, das energiearme Land Bayern dem übrigen Bundesgebiet gleichzustellen und neue Industrien anzulocken.

Die Kunst, Konkurrenten gegeneinander auszuspielen, offenbarte der studierte Philosoph und Kunsthistoriker Otto Schedl auch bei seinen jüngsten Verhandlungen mit den Russen: Zwischendurch empfing er in München den libyschen Ölminister Khalifa Musa und ließ sich auch von ihm eine Erdgas-Offerte unterbreiten. Seine Experten rechnen zur Zeit aus, wieviel es kostet, libysches Gas zu verflüssigen und mit Spezialtankern über das Mittelmeer zu schaffen.

Die Sowjets weiß der Energie-Diplomat dennoch fest an der Leine: Wie Schedl an billigem Erdgas, so ist Moskau an deutschen Großrohren für die Ausbeutung seiner gewaltigen sibirischen Öl- und Gasvorkommen interessiert. Statt in Mark wollen die Sowjets die Röhren mit Gas bezahlen.

Noch am Mittwoch vergangener Woche reisten Moskaus Unterhändler Ossipow und Sorokin nach Köln, um mit den westdeutschen Röhrenfabrikanten zu verhandeln. Tags darauf sahen sie in Bonn auch bei Schillers Staatssekretär von Dohnanyi herein, der im Mai bei einem Moskau-Besuch für Schedls Energie-Pläne erworben hatte.

Die nächste Erdgas-Verhandlungsrunde, noch in diesem Monat, erwartet Bayerns Wirtschaftsminister zuversichtlich. In Wien war ihm bereits der Konferenzsaal in der sowjetischen Handelsmission als günstiges Omen erschienen: „Er ist schmal“, erinnert sich Otto Schedl, „das werte ich als gutes Zeichen für den Preis. Und er ist hoch, das ist ein gutes Zeichen für die absetzbare Menge.“

parkten „mit Lustgewinn“ (SDS) im Halteverbot, hielten auf den geheiligten Grünflächen der Verkehrskreisel, regelten selber den Verkehr.

Die Soziologen registrierten eine „unbekümmerte Inbesitznahme zuvor verbotener Zonen. Die Öde der City war aufgehoben, Hannover eine Kette von Dorfplätzen, die Leute betrachteten die Stadt wieder als ihre Stadt, sie waren nicht mehr isoliert, nicht mehr allein, und alle haben das empfunden“.

Mehr noch: Die Bürger entwickelten „neue Rituale, neue Sitten und neue Gebräuche“. Unsicher und deshalb überschwänglich wurden sie von Verhaltensweisen jenseits der gewohnten Gleichgültigkeit ergriffen. Es gab „übertriebene Höflichkeit“, Geschenke an Unbekannte, Verbrüderungen auf offener Straße.

Wissenschaftler Vester: „Die neuen Verhaltensmuster enthielten einerseits Momente einer Volksgemeinschaft, andererseits aber auch utopische Strukturen einer neuen Kommunikations- und Lebensweise, einer neuen solidarischen Kultur. Soziologisch: Elemente einer Kulturrevolution.“

Es war „ein enormes Lernmotiv“ für die Soziologen, die zeitweilig sogar „Vorformen von Rätestrukturen“ zu erkennen glaubten, die „Existenz einer vopolitischen, noch unstrukturierten Jugendbewegung“ wahrnahmen und, alles in allem, eine überraschende „Aufnahmebereitschaft für eine neue Art des Sozialismus“ notierten, denn: „Kapitalistisch war das bestimmt nicht.“

Fazit der Forschergruppe: Das Ereignis von Hannover habe in der Bevölkerung die Ahnung einer „neuen Lebensqualität“ geweckt und zugleich den Politikern einen „nachhaltigen Schock“ versetzt.

Darüber, wie lange der Schock und das Bewußtsein einer neuen Lebensqualität die alltägliche Trägheit überdecken werden, gehen derweil die Meinungen der Soziologen auseinander. Für den Kölner Ordinarius Professor Erwin K. Scheuch zum Beispiel ist in Hannover lediglich ein „Solidaritätsgefühl in Notsituationen“ reaktiviert worden, Teil eines „Alternativsystems, das wir mit uns herumtragen, so, wie wenn der Strom ausfällt und man greift aufs Notaggregat zurück“ — fernab aller ideologischen Motivation.

„Wenn man den erfolgreichen Kampf um billigere Straßenbahntarife feiert“, sagt Scheuch, dann müsse man auch die ungewöhnliche Solidarität in den Bombennächten des Zweiten Weltkriegs preisen und „genausogut einen Hymnus auf die Hamburger während der Flutkatastrophe singen“. Und schließlich, so meint der einstige Harvard-Dozent, sei es auch anderswo nicht anders: „Jedes Jahr, wenn in den USA die Zeit der Wirbelstürme gekommen ist, beginnen die Leute ganz spontan, den Verkehr zu regeln, einander zu helfen.“

Danach „funktioniert wieder der gewöhnliche Alltag“.